

DAS SOZIALISTISCHE VENEZUELA 2014

WIE HAT HUGO CHÁVEZ STAAT, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT VERÄNDERT?

Claudia Curiel

Als Präsident Hugo Chávez 1999 an die Spitze des Staates Venezuela trat, hatte das Land eine schwere Krise seines politischen Systems hinter sich, welche die Existenz und das Fortleben der traditionellen Parteien sowie die gesellschaftliche Stabilität infrage stellte. Die Gesellschaft war durch eine starke Abhängigkeit vom Erdölexport und anhaltende, einen Großteil der Bevölkerung betreffende Armut gekennzeichnet. Dem Konzept des so genannten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ folgend, suchte Chávez in seiner Amtszeit die politisch-gesellschaftlichen Bedingungen in einen neuen Rahmen zu fassen. Mit seiner Wahl verband besonders die arme Bevölkerung die Hoffnung auf Besserung.

Die Amtszeit von Hugo Chávez dauerte bis zu seinem Krestod im März 2013. Aus den notwendigen Neuwahlen ging der Chávez-treue Nicolás Maduro als Nachfolger hervor, wenn auch mit einem hauchdünnen Vorsprung vor dem Präsidentschaftskandidaten der Opposition, Henrique Capriles Radonski. Maduros Nähe zu Chávez und dessen Ideologie stellte er nicht nur im Wahlkampf, sondern auch in seiner rund einjährigen Regierungszeit immer wieder in den Vordergrund. Die Fortführung des Staatsumbaus nach chavistischem Vorbild ist ein erklärtes Ziel seiner Regierung. Nachdem im Dezember 2013 die Regierungspartei erneut als Siegerin aus den Kommunalwahlen hervorgegangen ist, entbrannte innerhalb des Oppositionslagers ein Richtungsstreit darüber, wie der Regierung unter Maduro zu begegnen sei. Während ein radikaler Flügel der Opposition den politischen Handlungsspielraum



Claudia Curiel ist Direktorin des Beratungsunternehmens Mosaikho Analítica und Kolumnistin der venezolanischen Tageszeitung *El Nacional*.

und Freiheitsrechte immer stärker eingeschränkt und sich deshalb zum Handeln gezwungen sieht, befürwortet der gemässigte Oppositionsflügel eine defensive Strategie. Dahinter steht die Annahme, dass die desaströse ökonomische und dramatische gesellschaftliche Lage einen Wechsel beschleunigen werde. Wochenlange Straßenproteste und verhärtete Fronten zwischen Regierung und Opposition führten schließlich zu einem Dialog, dessen Ausgang zum gegenwärtigen Zeitpunkt ungewiss ist. Sicher ist, so ließ Maduro verlauten, dass das Primat der sozialistischen Revolution weiterhin gelte.

Vergleicht man die heutige venezolanische Gesellschaft mit derjenigen vor der Amtsübernahme, spielen zwei Gesichtspunkte eine besondere Rolle. Da ist erstens ein ausufernder Staatsapparat, der seine Aufgabe nicht nur in der Ausübung der Regierungsgewalt sieht, sondern auch in der sozialen Betreuung und Kontrolle. Besonders in der zweiten Hälfte seiner Amtszeit trieb Chávez den Umbau der politisch-gesellschaftlichen Strukturen auf lokaler Ebene voran, die im Endeffekt zu einem Machtverlust gewählter Volksvertreter führen. Lokale Parallelstrukturen in Form so genannter Kommunalräte wurden gefestigt und übernehmen zunehmend Funktionen, die eigentlich den Bürgermeisterämtern oder Vertretern der Exekutive zukämen. Der zweite Aspekt sind die Einnahmen aus Erdölexporten, die nicht nur Teile der Volkswirtschaft prägen, sondern auch an anderer Stelle von Belang sind. Die Abhängigkeit Venezuelas vom Öl hat sich seit Chávez' Amtsantritt nicht gemindert und ist mehr denn je ein politischer Faktor. Vermutlich fließen Mittel aus der Ölförderung auch in den Ausbau der kommunalen Parallelstruktur.

Der Umbau der politisch-gesellschaftlichen Struktur nach sozialistischem Muster manifestiert sich auch in der zunehmenden Kontrolle der Medienlandschaft durch den Staat. Gleichzeitig wird die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (Partido Socialista Unido de Venezuela, PSUV) zur Staatspartei ausgebaut, so dass Partei- und Staatsinteressen immer mehr verschmelzen. Die PSUV nimmt bereits gesellschaftliche Aufgaben wahr, die über die Funktion einer Partei hinausgehen. So erhöht sich der Einfluss auf das soziale Leben, und der Druck auf Andersdenkende nimmt selbst im Kleinen zu.



„Sozialismus des 21. Jahrhunderts“? Nach seiner Wahl weitete Hugo Chávez seine Befugnisse aus und verringerte die parlamentarische Kontrolle. | Quelle: Valter Campanato, Agência Brasil ©.

STAAT UND STAATSFÜHRUNG

In seinem ersten Amtsjahr begann Präsident Chávez mit der Einführung seines politischen Reformprogramms. Noch im Jahr 1999 wurde eine Verfassunggebende Versammlung einberufen. Damit wurde ein Prozess gestartet, an dessen Ende die Annahme des von diesem Organ erarbeiteten Textes durch die Bürger stehen sollte. In ihm wurden tief greifende Änderungen der Staatsfunktion und -organisation vorgenommen. Dazu gehört die Auflösung des Zweikammernparlaments, an dessen Stelle die Nationalversammlung treten sollte, die Einführung einer durch Bürgerbeteiligung und starke Führungspersönlichkeiten geprägten Form der Demokratie sowie eine Reihe von gesellschaftlichen Ordnungsfaktoren, die zusammen genommen zur Definition eines sozialen, demokratischen Rechtsstaates führen sollten. Hinzu kommt zum ersten die Definition einer neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, der die Idee einer gemeinsamen Verantwortung von Militär und Gesellschaft für nationale Sicherheit und Verteidigung zugrunde liegt. Sie bildet eine Basis für das, was sich später unter dem Begriff der „gesellschaftlich-militärischen Fusion“ in der politischen Diskussion manifestieren sollte. Zum zweiten sieht der Verfassungstext eine Überarbeitung des Regelwerks zur makroökonomischen Ordnung, zur Rolle der Währungsbehörden und zu den Wachstumszielen vor. Es handelt sich dabei indes um Vorgaben instrumenteller Art insofern, als in der Verfassung kein Entwicklungsmodell festgelegt wurde.

In welcher Weise der Staat von der Zentralmacht vereinahmt und instrumentalisiert wurde, zeigen drei Ermächtigungsgesetze, die Chávez verabschieden ließ.¹ Die Themenbreite der Gesetze ermöglichte dem Präsidenten eine Ausübung der Macht mit weiter reichenden Befugnissen und geringerer Kontrolle, denn schon bei der Erarbeitung der Regelungsinstrumente war für das Präsidentenamt innerhalb des Verfassungsrahmens eine Rolle vorgesehen, die es dem Präsidenten erlaubte, die Tätigkeit der staatlichen Stellen und die Beziehungen zwischen den politischen Akteuren zu steuern.

Zu Beginn seiner ersten Amtszeit sprach Chávez davon, den Staat zu verschlanken und in seiner Größe zu reduzieren. Dieser Ansatz steht jedoch im offenen Widerspruch zu Größe, Rolle und volkswirtschaftlicher Bedeutung der öffentlichen Hand in Venezuela. Ein beredtes Beispiel für diese Diskrepanz ist Chávez' erklärte Absicht, Venezuela mit einer begrenzten Anzahl von Ministerien effizient regieren zu wollen. 1999, als er sein Amt antrat, übernahm er 21 Ministerien, die er umgestaltete, um das Land dann mithilfe von 13 Dienststellen zu führen. Derzeit verfügt die Exekutive über 32 Ministerien. Das Anwachsen zeigt sich auch in der Zahl der Mitarbeiter. Dem Statistischen Institut Venezuelas zufolge arbeiteten Ende 2002 noch 1.345.674 Menschen bei staatlichen Stellen. Ende 2012 waren es mehr als 2.463.759.

Auch in anderer Hinsicht ist der Staat auf vielfältige Art und Weise gewachsen, zum Beispiel was die Zahl der Unternehmen betrifft, die er besitzt und betreibt. Ebenso gewachsen sind die Sozialhilfeleistungen und die entsprechende Infrastruktur, Ressourcen und Personal. Manche Experten beziffern den Beitrag des privatwirtschaftlichen Sektors zur Volkswirtschaft für das Jahr 2012 auf 65 Prozent, andere schätzen, dass er auf rund 50 Prozent zurückgegangen ist. Der nationale Wirtschafts- und Sozialentwicklungsplan für die Jahre 2007 bis

Der nationale Wirtschafts- und Sozialentwicklungsplan für die Jahre 2007 bis 2013 sah vor, die Volkswirtschaft zu gleichen Teilen auf die drei Säulen Privatwirtschaft, Sozialwirtschaft und Staat zu stützen.

1 | Das Ermächtigungsgesetz von 2001 führte zu 49 Gesetzesdekreten, das für den Zeitraum 2007/2008 verkündete zu 66, das dritte, für den Zeitraum 2010 bis 2012 erlassene, zu 54. Insgesamt wurden durch die Exekutive 167 Gesetze eingeführt.

2013 sah vor, die Volkswirtschaft zu gleichen Teilen auf die drei Säulen Privatwirtschaft, Sozialwirtschaft und Staat zu stützen. Über die Art, wie die Statistiken erstellt werden, wird gestritten, denn es gibt in vielen Bereichen der Volkswirtschaft offensichtlich eine wachsende Zahl großer Unternehmen, die enteignet wurden, von Aufsichtsbehörden verwaltet werden und im Begriff sind, von Staatsbetrieben geschluckt zu werden.² Nach Angaben des venezolanischen Industrieverbandes Conindustria hat die Regierung Chávez bis Juli 2012 ganze 1.440 Betriebe, Bauten und Ländereien enteignet. Ende 2012 wurden 46 Prozent der Gesamteinfuhren vom Staat getätigt. Hinzu kommen 40 Prozent des Lebensmittelvertriebs und der Umstand, dass die Zentralregierung für die grundlegende Infrastruktur des Landes (See- und Flughäfen, Tanklager, Kühlketten, Straßen, Kraft- und Elektrizitätswerke usw.) zuständig ist. Die Staatsbank verfügt innerhalb des Bankensystems über 34,5 Prozent aller Einlagen. 2012 wuchs das Nettokreditportfolio im Bankensektor um 52,88 Prozent, bei der Staatsbank um 67,76 Prozent.

Die Zahl der Staatsbetriebe ist ebenfalls gestiegen. Zum einen wurde eine Reihe so genannter sozialistischer Betriebe geschaffen, die Ministerien und Regierungsstellen zugeordnet sind. Hierzu zählen etliche gemischte Unternehmen für vertraglich vereinbarte Kooperationen mit anderen Ländern. Dazu kommt eine wachsende Zahl von Unternehmen, die zur staatlichen venezolanischen Erdölgesellschaft PDVSA gehören. Deren Geschäftsführung hat strategische Maßnahmen angekündigt, deren Ziel es ist, „die Mechanismen der Schaffung und Entwicklung volkseigener Betriebe (Empresas de Propiedad Social, EPS) und der sozialwirtschaftlichen Netzwerke zu stärken“. Dies soll durch Förderung alternativer Unternehmensformen einschließlich EPS und gemeinschaftlicher Produktionseinheiten und Genossenschaften geschehen. Diese sollen bei der Vergabe von Beschaffungsaufträgen für Güter, Bau- und Dienstleistungen berücksichtigt werden, die im Geschäftsplan der PDVSA nachgefragt werden. Zu diesem Verbund gehörten Mitte 2011 insgesamt 402 Unternehmen der

2 | Die Methode, nach der der BIP-Beitrag der vielen Unternehmen bemessen wird, die durch Aktienmehrheit oder de facto unter staatlicher Kontrolle stehen, ist unklar.

öffentlichen Hand, die Ministerien unterstehen.³ Veröffentlichungen der PDVSA zufolge waren Ende 2010 7.649 gewerbliche Unternehmen und 5.822 Genossenschaften ins EPS-Register der PDVSA eingetragen.

Die Rolle des Staates als ein Hauptakteur der Realwirtschaft geht mit fehlender Finanzdisziplin einher und dies in einem Umfeld, in dem die Ausgaben der öffentlichen Hand keinerlei Beschränkungen unterworfen sind.

Durch seine Verzahnung mit der Erdölgesellschaft PDVSA und der Zentralbank hat der Staat völlige Kontrolle über die Devisenzuflüsse des Landes und zudem das Monopol für deren Generierung mittels der Erdölexporte (97 Prozent der Deviseneinkünfte des Landes). Der Zugang zu Devisen wird durch die Zentralregierung gesteuert. Hinzu kommt, dass die Rolle des Staates als ein Hauptakteur der Realwirtschaft mit fehlender Finanzdisziplin einhergeht und dies in einem Umfeld, in dem die Ausgaben der öffentlichen Hand, die Verschuldung und die Geldmengenzunahme zur Finanzierung staatlicher Aufwendungen keinerlei Beschränkungen unterworfen sind.⁴ Es herrscht außerdem eine starke Unsicherheit bezüglich der Umsetzung der Rechenschaftspflicht.

DER PARALLELSTAAT

Es besteht ein enormer Unterschied zwischen einem fördernden Staat, der innerhalb eines klaren, transparenten und modernen institutionellen Rahmens die Freiheitsrechte sichert, und einem auf Kontrolle ausgerichteten Staat. In Venezuela hat in den vergangenen Jahren ein Übergang von der erstgenannten Staatsform zur zweiten stattgefunden. Im Zuge dessen wird der Raum für private Aktivitäten eingeeengt und Eigeninitiative durch die konkrete Ausformung dessen ersetzt, was man „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ nennt. Unter dem Vorwand, die partizipatorische und an Einzelpersonen orientierte Demokratie zu fördern, wurde ein ganzes Universum kommunaler und sozialer Einrichtungen geschaffen, deren wichtigste Vertreter die Kommunalräte (Consejos Comunales) sind. Die Organisa-

3 | Claudia Curiel Leidenz, „Estado, propiedad y organizaciones socioproductivas“, in: *Encuentro de Organizaciones Sociales 2012*, 2013, Caracas, Universidad Católica Andrés Bello (UCAB).

4 | So stieg etwa nach Angaben des venezolanischen Finanzministeriums 2011 die Inlandsverschuldung des öffentlichen Sektors um 70 Prozent, 2012 um 65 Prozent und im ersten Halbjahr 2013 um 49 Prozent. Zwischen 2008 und Juni 2013 betrug dieses Wachstum 1.146 Prozent.

tionen, im Rahmen von Versammlungen gebildet und mittels direkter Demokratie geführt, kamen seit 2005 auf. In der Folgezeit entstand der Plan, Kommunen als territoriale und politische Gebilde der um einen Kommunalrat herum organisierten Gemeinschaften aufzubauen.

Parallel dazu begann die Bildung verschiedener Organisationen, die gemeinsame Interessen von Gruppen repräsentieren sollten und Bezeichnungen wie „Front“, „Bewegung“, „Rat“, „Kollektiv“ usw. annahmen. Eigens geschaffene Einrichtungen sollten die Herausbildung solcher Organisationen überall im Land unterstützen und koordinieren. Hierfür wurde ein Entscheidungsgremium geschaffen, das sich gegenwärtig „Ministerium für Gemeindewesen und Soziale Bewegungen“ nennt. Dieses war auch die Keimzelle flankierender Organisationen, die als *salas de batalla social* (etwa: „Büros für Gesellschaftliche Auseinandersetzung“) bezeichnet werden. Sie werden von einem Vertreter des Gemeindeministeriums und einem Sprecher des Gemeinderats geführt. Ihre tägliche Arbeit besteht in der Erhebung von Daten bezüglich der Bevölkerung und notwendiger Sozialprogramme. Sie arbeiten mit den Gebietskörperschaften der Exekutive zusammen, denen die gesellschaftlichen Einrichtungen unterstehen, und übernehmen kommunale Projekte und Mittelzuteilungen für ihnen vorgelegte Initiativen. Darüber hinaus koordinieren sie diverse Hilfsmaßnahmen (*misiones sociales*), die von verschiedenen Exekutivorganen getragen werden.

Laut Erhebungen, die im September 2013 in den Gemeinden durchgeführt wurden, arbeiten im Land 40.035 Gemeinderäte, 1.294 Büros für Gesellschaftliche Auseinandersetzung und 28.791 soziale Bewegungen. Diese Zahlen zeigen, dass die Gremien, die dieses Netzwerk bilden, in jedem noch so kleinen Gemeinwesen im Lande vertreten sind. Diese Organisationen entwickeln sich zu Schnittstellen zwischen dem Staat und der Bevölkerung, die von deren Präsenz immer stärker abhängig wird.

Die Koordinationsgremien, insbesondere die Büros für Gesellschaftliche Auseinandersetzung und in manchen anderen Fällen Erzeuger- oder Bauernräte, erringen Sichtbarkeit, Autorität und die Fähigkeit zum Umgang mit Ressourcen. In einigen Fällen werden sie zu Schnittstellen

zwischen den Gemeinden und den Organen der Zentralmacht. Damit werden Körperschaften, die nicht von der Bevölkerung gewählt wurden, zu politischen Akteuren. Sie übernehmen zunehmend Funktionen, die eigentlich den Bürgermeisterämtern oder Vertretern der Exekutive zukämen. Hinzu kommt, dass das durch diese Einrichtungen gebildete Netzwerk Teil der so genannten zivil-militärischen Verschmelzung wird. Diese Entwicklung wurde bislang immer als Mobilisierungs- und Reaktionsfähigkeit der organisierten Bevölkerung verstanden, an der Seite von Armee und Miliz Sicherheits- und Verteidigungsaufgaben wahrzunehmen. Bei Anlässen in jüngerer Vergangenheit wurde dabei stets das strategische Konzept eines verlängerten Volkskrieges hervorgehoben, das eine gemeinsame Anstrengung von Zivilpersonen und Soldaten zur Landesverteidigung vorsieht.

Im Dezember 2010 erging eine Reihe von Gesetzen, die als umfassendes Regelwerk zur Schaffung eines auf Kommunen basierenden Staates dienen und zudem den Weg zu einem auf neuen Produktionsformen basierenden Wirtschaftsmodell ebnen sollen. Hierzu gehören das Grundlagengesetz zur Volksmacht, das Grundlagengesetz zur Planung des Öffentlichen Lebens und der Gesellschaftlichen Entwicklung, das Grundlagengesetz zu Kommunen sowie das Gesetz zum kommunalen Wirtschaftssystem.

Obwohl diese Gesetze die Organisationsformen der so genannten Volksmacht als einer Hauptgrundlage der neuen gesellschaftspolitischen Struktur beschrei-

Die Akteure des kommunal organisierten Staates können sich in verschiedene Funktionen einbringen und bei der Umsetzung von Maßnahmen der öffentlichen Politik mitwirken.

ben, ist hier hervorzuheben, dass ein bedeutender Teil der in den Vorjahren erlassenen Gesetze bereits den Boden dafür bereit hat.

Die Akteure des kommunal organisierten Staates können sich in verschiedene Funktionen einbringen und bei der Umsetzung unterschiedlicher Maßnahmen der öffentlichen Politik mitwirken. Es wurden mindestens 70 Gesetze erarbeitet, die sich mit den Organisationsformen der Volksmacht befassen oder als Muster für die Zusammenarbeit dienen sollen, etwa durch die Beschreibung von Planungsprozessen oder von Aufsichts- und Kontrollgremien seitens dieser Akteure. Es handelt sich damit eindeutig um einen Parallelstaat, der Funktionen wahrnimmt, die vordem ausschließlich den traditionellen politischen

Einheiten vorbehalten waren. Die Bereiche, in die dieser Parallelstaat hineinreicht, erstrecken sich über die Organisation und Regulierung des Fischfangs bis zur Strukturierung von Sportverbänden oder den Abläufen zur Beantragung von Finanzhilfen für Kleinunternehmen.

Nach einem Übergangsprozess existieren in Venezuela inzwischen zwei Staaten nebeneinander, zwischen denen es Reibungen gibt und in denen die Instanzen der Exekutive in den Händen derselben Kräfte liegt, die die politische Macht im Lande innehaben. Für diesen Übergangsprozess müssen Ressourcen aufgewendet werden. Es kommt zur Vereinnahmung von Handlungsräumen der einen durch die andere Seite, und es bedarf eines enormen Personalbestandes, der die Leistungen eines paternalistischen Staatssystems unter der Bevölkerungsmehrheit verteilt. Letzteres geschieht in Form von Sozialprogrammen oder formell übertragenen Aufgaben, durch eine direkte Bereitstellung von Gütern oder Dienstleistungen, durch eine staatliche Körperschaft oder mittels Initiativen zu Arbeitszeitregelungen.

Es bedarf eines enormen Personalbestandes, der die Leistungen eines paternalistischen Staatssystems unter der Bevölkerungsmehrheit verteilt.

Diese Parallelstrukturen müssen freilich finanziert werden. Zu den Finanzierungsquellen gehören Transferzahlungen aus dem Staatshaushalt über vom Bundesrat der Regierung geschaffene Kanäle. Zudem ist anzunehmen, dass die besagten Strukturen aus Programmen und Initiativen von Körperschaften der Zentralregierung und der PDVSA gespeist werden und überdies auf Quellen zurückgreifen, die außerhalb des regulären Haushalts liegen.⁵

5 | Einer Regelung nach fließen die Devisen, die von der PDVSA innerhalb des aktuellen Haushaltsrahmens über den Rohölpreis pro Barrel hinaus eingenommen werden, nicht der Zentralbank zu und können in einem der unter der Regierung Chávez eingerichteten Sparfonds angelegt werden. Diese Fonds unterliegen keiner Rechnungsprüfung, so dass es keine offiziellen Zahlen über ihr Vermögen und ihre Ausgaben gibt. Um den Stellenwert dieser Vermögenswerte einigermaßen einordnen zu können, ging man im Haushaltsgesetz 2013 von einem Rohölpreis von 55 US-Dollar pro Barrel aus, obwohl er lange Zeit über 100 US-Dollar pro Barrel gelegen hatte.

VOLKSWIRTSCHAFT IM ZANGENGRIFF

Eine für Chávez' Amtszeit charakteristische Erscheinung ist das Institutionengefüge, das Grundlage und Referenzrahmen für eine Neuorganisation der Gesellschaft bildet. Die

Allein in der Wirtschaft gibt es mehr als 300 Normen mit Gesetzesfunktion bzw. quasigesetzlicher Funktion, die sich auf die Produktionstätigkeit auswirken.

Zahl an Gesetzen, Normen und Verordnungen, die sich auf diesen gesellschaftlichen Umbau beziehen, ist inzwischen unüberschaubar. Allein im Bereich der Wirtschaft gibt es mehr als 300 Normen mit Gesetzesfunktion bzw. quasigesetzlicher Funktion, die sich auf die Produktionstätigkeit auswirken. Dazu gehören auch Instrumente, die über den makroökonomischen Bereich hinausgehen und in die Regeln und Rahmenbedingungen eingreifen, in denen sich die private Wirtschaftstätigkeit vollzieht.

Gleichzeitig verstärkt sich die staatliche Produktionskapazität, wobei es zu immer stärkeren Kontrollen und Eingriffen kommt. Dies geschieht mittels Datensätzen, Online-Kontrollsystemen und behördlicher Kontrolle bestimmter Geschäftsentscheidungen. Parallel dazu wird auch eine steigende Zahl von Einrichtungen zur Aufsicht und Überwachung privater Unternehmen geschaffen und deren Befugnisse werden stetig erweitert.

Seit 2003 wurden Maßnahmen zur Unkündbarkeit von Arbeitsverhältnissen eingeführt und zunehmend rigider umgesetzt. Aufgrund dieser Maßnahmen und ihrer Auslegung durch die Regierung können keine betrieblich begründeten Änderungen beim Arbeitslohn mehr erfolgen. 2012 wurde zudem die Rahmengesetzgebung in diesem Bereich reformiert, wodurch die Unternehmen höheren Auflagen und stärkerer Kontrolle unterworfen wurden. Dies hat sich auf die Arbeitskosten sowie auf das institutionelle Risiko für die Arbeitgeber negativ ausgewirkt. Im Zusammenhang mit der Kontrolle des Staates über die betriebliche Tätigkeit sind harte Sanktionen eingeführt worden. Staatliche Eingriffe bis hin zur Enteignung von Unternehmen sind verbreitet.⁶

6 | Das jüngste Beispiel ist die Übernahme des Zellstoff- und Papierherstellers Manpa. Präsident Maduro begründete diese Maßnahme mit außerordentlichen Verzögerungen in Herstellung und Vertrieb. Vgl. Nicolás Maduro, „Intervenida empresa Manpa involucrada en sabotaje económico“, 25.09.2013, <http://nicolasmaduro.org/presidente/intervenida-empresa> [10.02.2014].

KOMMUNIKATION ALS SCHLÜSSELFAKTOR

Seit 2005 strebt die venezolanische Regierung nach der Hoheit über die Kommunikationswege. Inzwischen verfügt sie über fünf Fernsehkanäle (VTV, *Vive TV*, *Asamblea Nacional TV*, *TVES* und *Ávila TV*), *Telesur*, *Radio Nacional de Venezuela* sowie die vier Sender, die das YVKE Mundial-Netz bilden; ferner das Ven-Global news-Netz, die Tageszeitungen *Vea*, *El Correo del Orinoco* und *Ciudad Caracas*. Hinzu kommen etwa 400 kommunale Radiosender, 36 kommunale Fernsehsender und rund 100 Zeitungen.⁷ Neben den Medien, die sich direkt in staatlicher Hand befinden, gibt es auch viele, die sich im Besitz regierungsnaher Privatpersonen befinden. Mittels verschiedener Mechanismen, vor allem aber durch das Gesetz zur Sozialen Verantwortung in Radio und Fernsehen, hat die Regierung zunehmend Druck hinsichtlich Programmthemen und -inhalten aufgebaut. Dem staatlichen venezolanischen Medienkonglomerat Sistema Bolivariano de Comunicación e Información (SIBCI) kommt hierbei eine Schlüsselrolle in der Organisation der Nachrichten- bzw. Propagandaströme zu.



Demonstration für die Meinungsfreiheit am 31. März 2004 in Caracas: Die venezolanische Regierung unterbindet kritische Fragen und die Arbeit alternativer politischer Akteure. | Quelle: © Leslie Mazoch, picture alliance, AP Photo.

7 | Marcelino Bispal, „Hegemonía para cambiar la identidad“, in: Michelle Roche Rodríguez (Hrsg.), *Álbum de Familia. Conversaciones sobre nuestra identidad cultural*. Editorial Alfa, Colección Hogueras, Caracas, 2013.

Auf diese Weise wird die Verbreitung kritischer Fragen ebenso erschwert wie die Präsentation alternativer politischer Akteure. Insbesondere in Wahlkampfzeiten läuft die Propagandamaschinerie auf Hochtouren. Gesellschaftlich betrachtet ist ein Rahmen entstanden, der Wahrnehmungsräume und Freizeitunterhaltung des Publikums einengt.

DER AUFBAU DER STAATSPARTEI

Die fortschreitende Ausbildung einer Staatspartei in Venezuela äußert sich in einer zunehmenden Überlappung zwischen den führenden Köpfen der Exekutive und denen der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas. Dies führt dazu, dass strategische und operative Entscheidungen sowie solche zu Mobilisierung und Propaganda zunehmend innerhalb eines einzigen, immer mehr verschmelzenden Kontinuums getroffen werden.

Bei den Präsidentschaftswahlen vom 7. Oktober 2012, in denen der schwerkranke Chávez noch einmal wiedergewählt wurde, ließ sich beobachten, dass sowohl öffentliche Einrichtungen als auch kommunale Organe genutzt wurden, um Wähler zu mobilisieren. Umgesetzt wurde dies durch Einheiten einer Basisorganisation, die

Die politische Instrumentalisierung der Gemeinderäte und anderer Gremien findet ihren deutlichsten Ausdruck in deren Einbindung in den Gran Polo Patriótico.

sich Unidades de Batalla Carabobo⁸ (Carabobo-Kampfgruppen) nennt. Hierbei wurden das Spektrum der Ressourcen und das offene gemeinsame Handeln deutlich. Die

politische Instrumentalisierung der Gemeinderäte und anderer Gremien findet ihren deutlichsten Ausdruck in deren Einbindung in den Gran Polo Patriótico (GPP), den Großen Patriotischen Bund. Diesen Namen trägt das Bündnis aus Parteien und sozialen Bewegungen, das die offizielle politische Linie unterstützt. Bislang waren diese Organisationen die Frucht einer Initiative der Gemeinden und wurden von der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (PSUV) oder den politischen Instanzen kaum gefördert. Die erste Registrierungswelle sozialer Bewegungen für den GPP erfolgte zwischen dem 14. Oktober und dem 6. November

8 | Diese Kampfgruppen ändern bei jedem Wahlkampf ihre Bezeichnung, je nachdem, welche Funktion die offiziellen Stellen in der betreffenden Kampagne herausheben wollen. Bei den Kommunalwahlen vom 8. Dezember 2013 trugen sie beispielsweise den Namen von Hugo Chávez.

2011. Den hierzu von der PSUV veröffentlichten Zahlen nach traten ihm insgesamt 32.080 Organisationen und soziale Bewegungen bei.⁹

Nachdem Nicolás Maduro als Nachfolger Chávez' im März 2013 die Amtsgeschäfte übernommen hatte, verkündete er das Ziel, aus der PSUV eine Organisation zu machen, die eine Aufgabe auch außerhalb des Wählerauftrags wahrnimmt, indem sie sich um die Bedürfnisse der Gemeinden kümmert. In diesem Zusammenhang kündigte er unter anderem eine Veränderung in der Organisationsstruktur der Partei an. Dieser Plan wurde im Rahmen eines Programms mit dem Titel Gobierno de Calle (Regierung auf den Straßen) umgesetzt. Es handelt sich um ein Experiment, bei dem die Aktivisten der PSUV, begleitet von den sozialen Bewegungen, Hausbesuche durchführen sollen, um die Bedürfnisse der Familien auszuloten und festzustellen, wo und inwieweit staatliche Hilfen gefragt sind. Diese Besuche dienen auch dazu, festzustellen, ob die Besuchten zur Wahl gehen, und welche Maßnahmen zur Mobilisierung und für die Logistik am Wahltag notwendig sind.



Nachfolger von Hugo Chávez: Präsident Nicolás Maduro will die Position der PSUV stärken. | Quelle: Joka Madruga, TerraLivre Press.com ©.

9 | „32.080 organizaciones se registraron en el Gran Polo Patriótico“, PSUV, 11.11.2011, <http://psuv.org.ve/temas/noticias/32080-organizaciones-se-registraron-gran-polo-patriotico> [10.02.2014].

Gleichzeitig wurden Name und Zuschnitt des Ministeriums für kommunale Angelegenheiten geändert, das sich fortan auch um die sozialen Bewegungen kümmern sollte. Es wurde auch die Schaffung einer Nationalen Aufsichtsbehörde für den Sozialen Schutz angekündigt, in der die Tätigkeit aller gesellschaftlichen Aktivistengruppen gebündelt wurde (gegenwärtig mehr als 25 landesweit tätige Initiativen und diverse Kleingruppen, die 2013 geschaffen wurden und verschiedenen Ministerien unterstehen). Später wurde die Schaffung eines nationalen Systems der Aktivistengruppen angekündigt, dem alle (tatsächlichen und potenziellen) Nutznießer dieser Hilfsprogramme angehören sollen. Damit sollen bürokratische Hindernisse abgebaut und jeder Form von Korruption derer, die den Zugang der Venezolaner zu den Sozialprogrammen regeln, ein Riegel vorgeschoben werden.

Unklar ist, ob all diese Maßnahmen Teil eines größer angelegten Konzeptes oder voneinander isolierte Initiativen sind. Die erklärte Absicht, aus der PSUV eine Partei mit kommunaler und gesellschaftlicher Funktion zu machen, deutet darauf hin, dass diese Initiativen ein Instrument sind, das auf eine neue Art des Zusammenlebens in der Gesellschaft abzielt. Dabei übernehmen sie die Rolle kleiner Organisationseinheiten innerhalb der Gemeinden. Das Endergebnis kann eine Art zivil-militärische Regierung sein, wie Maduro die höchste Regierungsinstanz bezeichnet hat, koordiniert mit einem Verteilungs- und Mobilisierungsapparat, der auf zentralisierten Kommunikationskanälen basiert und politisch motivierten Beschränkungen unterworfen ist.

AUSBLICK: FORTSETZUNG DER TRANSFORMATION UNTER PRÄSIDENT MADURO

Die Regierung Maduro, die am 18. April 2013 ihre Tätigkeit aufnahm, setzt die zentralistische Ausrichtung des Staates und seine Ausdehnung auf weitere von ihm kontrollierte Bereiche fort. Zu ihren Mitteln zählen dabei die zunehmende militärische Präsenz und eine ausgeprägte Schlüsselrolle der PSUV. Die Partei hält das Räderwerks sozialer Organisationen in Gang und vereinnahmt sie im Sinne der Zentralmacht.

In wenig mehr als vier Monaten wurden ein neues Ministerium geschaffen und neue politisch-administrative Gebilde eingeführt, die Investitionsanreize und verschiedene Regierungsebenen betreffende Tätigkeiten koordinieren sollen: die Strategischen Regionen für Ganzheitliche Entwicklung (REDIs). Zudem wurden für kurzfristige Bedürfnisse oder Programme fünf Oberorgane innerhalb der öffentlichen Verwaltung geschaffen (Gesundheitsstab, Landwirtschaftsstab, Zivil-militärischer Grenzstab, Stab der Arbeiterschaft von Guayana und Wirtschaftsstab). Im Oktober 2013 musste Maduro der Nationalversammlung den Plan zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes für den Zeitraum von 2014 bis 2021 sowie den Entwurf des Haushaltsgesetzes vorlegen. Diesen Dokumenten kommt große Bedeutung bei der Festlegung des längerfristigen Kurses zu. Jüngste Entwicklungen deuten auf eine Verstärkung der Zentralisierung und Kontrolle hin. Programmatische und ideologische Gesichtspunkte könnten zu Deckmänteln für den Ausbau zentralistischer Machtstrukturen werden.

Jüngste Entwicklungen deuten auf eine Verstärkung der Zentralisierung hin. Programmatik und Ideologie könnten zum Deckmantel für den Ausbau zentralistischer Machtstrukturen werden.

Die eingeführten Instrumente lassen verschiedene Arten von Restriktionen erwarten. Sie betreffen einerseits das Leben und die Rechte der Bürger. Außerdem zählen dazu kritische Elemente wie die gesellschaftspolitische Struktur, das Aufblähen des Staatsapparats, die verstärkte Abhängigkeit von Einnahmen aus dem Erdölexport und die zunehmende Unterordnung der Gesellschaft unter Entscheidungen und Einrichtungen der Zentralregierung. Dieser substanzielle Wandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft scheint unter den jetzigen Umständen kaum noch reversibel, auch nicht im ohnehin unwahrscheinlichen Fall eines demokratischen Machtwechsels. Denn es ist kaum wahrscheinlich, dass die Mechanismen der sozialen Hilfsprogramme ohne Auswirkungen auf das tägliche Leben der Mehrheit der Bevölkerung abgebaut werden können. Nur wenn Vereinbarungen getroffen werden, die eine Umstrukturierung des institutionellen Rahmens bewirken, ist auf eine Rückkehr in demokratische Bahnen zu hoffen sowie auf die Möglichkeit, langfristige Szenarien für eine nicht-staatliche Wirtschaftstätigkeit schaffen zu können.

Einen einfachen Ausweg aus der aktuellen Situation wird es nicht geben. Präsident Maduro steht vor der Herausforderung, nicht nur die politische, sondern auch eine schwere ökonomische und soziale Krise zu überwinden. Waren- und Nahrungsmittelknappheit, Inflation, Gewalt und Kriminalität, Korruption, Rechtslosigkeit und Unordnung machen den meisten Bürgern des Landes schwer zu schaffen. Sollte die Regierung die Probleme nicht in den Griff bekommen, dürfte sie weiterhin an Zustimmung verlieren. Die Krise hat somit das Potenzial, das politische Überleben der Regierung zu gefährden. Die Opposition sieht sich hingegen mit dem Problem eines inneren Richtungsstreits konfrontiert. Ohne die notwendige Geschlossenheit wird sie es schwer haben, die kritische Masse zu erreichen, die zur Lösung des Konflikts erforderlich ist. Derweil steuert Venezuela als ein Land zwischen Sozialismus und politischer Dauerkrise einer ungewissen Zukunft entgegen.

Dieser Beitrag wurde aus dem Spanischen übersetzt.